

Kantonsrat

## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom  
Kantonsratspräsident

3. Dezember 2024  
Zehnder Ferdinand

### **A 240 Anfrage Heselhaus Sabine und Mit. über Investitionen in den Klimaschutz zum Schutz der Bevölkerung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Sabine Heselhaus ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Sabine Heselhaus: Das Thema Klimawandel scheint die Gemüter ziemlich zu erhitzen. In der Antwort der Regierung wurden einige Bemühungen und Massnahmen aufgezeigt, diese beschränken sich aber teilweise nur auf die Sensibilisierung der Bevölkerung und nicht auf konkrete Handlungen zu präventiven Lösungen. Die Antworten der Regierung zeigen nicht auf, ob die im Planungsbericht Klima und Energie 2021 geplanten und bereits durchgeführten Klimaschutzmassnahmen ausreichen, um die Klimaziele und den Schutz der Bevölkerung ausreichend zu gewährleisten. Insbesondere in den Bereichen Ernährung und Mobilität fehlt es an tiefgreifenden Massnahmen, obwohl diese Sektoren einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnten. Die Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken und die Reduktion von Emissionen durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) bleiben unzureichend. Darüber hinaus zeigen die Massnahmen zur Bekämpfung von Starkwetterereignissen wie Überschwemmungen, dass zwar punktuell erste Schritte unternommen wurden, jedoch keine systematische und umfassende Strategie zu erkennen ist. Es mangelt an grossflächigen und langfristigen Projekten, die eine nachhaltige Bewältigung dieser Herausforderung sicherstellen. Besonders im Bereich Bodenmanagement wie etwa der Verbesserung durch Humusaufbau und der Vermeidung der Verdichtung von Ackerböden sowie der Versiegelung von Flächen wurde keine ausreichende Initiative ergriffen. Ich nehme hier Bezug auf die Voten zur Botschaft B 37: Der Natur Freiraum geben, Biodiversität fördern und das mit Wirkung im Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Diese Massnahmen wären ein wesentlicher Bestandteil, um die Auswirkungen von Starkregen und Überschwemmungen langfristig zu minimieren. Das Konzept der Schwammstädte ist ein weiteres wichtiges Element, das in den Antworten der Regierung nicht ausreichend thematisiert wird. Hierbei handelt es sich um städtebauliche Massnahmen, bei denen Flächen entsiegelt werden, um mehr Wasser zu speichern und die Verdunstung zu fördern. Derartige Konzepte könnten einen wesentlichen Beitrag zur Minderung von Hochwasserereignissen und zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas leisten. Mehr Grünflächen und Schattenplätze heisst gerade auch für die ältere Bevölkerung mehr Schutz vor zunehmenden Hitzewellen und mehr Lebensqualität in den Städten. Insgesamt ist festzustellen, dass die geplanten Massnahmen im Klimaschutzbereich bei weitem nicht ausreichen, um die Herausforderung des Klimawandels wirksam zu adressieren. Insbesondere in den Bereichen

Ernährung und Mobilität sowie bei der Bekämpfung von Starkwetterereignissen fehlt es an einer konsequenten und umfassenden Umsetzung. Die Ansätze zur Verbesserung von Böden, Schwammstädten, städtebaulichen Massnahmen und neuen innovativen Mobilitätskonzepten sind in den Antworten der Regierung weitgehend unterrepräsentiert. Eine deutlich stärkere Investition in diese Bereiche ist notwendig, um den Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels effektiver zu gestalten. Der Schutz vor Naturgefahren erfordert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit. Diese Querschnittsaufgaben fordern eine nachhaltige Lösung. Im Rahmen des kantonalen Klimaschutzplans für die Umsetzung der Periode 2022–2026 gibt es eine Vielzahl von Massnahmen, die zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Förderung der Energieeffizienz vorgesehen sind. Bis jetzt wurden jedoch keine spezifischen Zahlen zu den bereits getätigten Investitionen veröffentlicht. Die aktuelle Umsetzung und die geplanten Investitionen reichen also möglicherweise noch nicht aus, um die angestrebten Klimaziele zu erreichen. Weitere Transparenz und eine verstärkte Fokussierung auf innovative Projekte wären besonders in der Landwirtschaft und Stadtentwicklung erforderlich, um einen nachhaltigen Klimaschutz zu gewährleisten.

Sofia Galbraith: Die Regierung nennt in ihrer Antwort zwar alle relevanten Quellen wie den aktuellen Monitoringbericht einschliesslich des neuen Klima- und Energiedashboards des Kantons oder weist auf den Planungsbericht Klima- und Energie 2021 und die dazugehörigen Massnahmen- und Umsetzungsplanung 2022–2026 hin. Der SP-Fraktion fehlen aber konkrete Antworten auf die gestellten Fragen, beispielsweise über die Investitionen in den Klimaschutz zum Schutz in die Bevölkerung. Mit der Beschleunigung gezielter Investitionen in Klimaschutzmassnahmen könnte der Kanton Luzern aber dazu beitragen, hohe Folgekosten durch Klimaschäden zu vermeiden. Die Priorisierung dieser Massnahmen würde nicht nur die finanzielle Belastung der öffentlichen Hand und der Bürgerinnen und Bürger verringern, sondern auch die Lebensqualität steigern und die regionale Wirtschaft stärken. Hochwasserereignisse wie 2005 verursachten Schäden in der Höhe von 345 Millionen Franken. Wenn keine präventiven Massnahmen ergriffen werden, könnte ein Jahrhunderthochwasser sogar Schäden in doppelter Höhe hervorrufen. Aus diesem Grund ist der Bau von Renaturierungen zu beschleunigen, um diese Risiken drastisch zu reduzieren. Dies erweist sich als bis zu zehnmal kosteneffizienter im Vergleich zu den Wiederaufbaukosten nach einer Überschwemmung. Zudem könnten solche Projekte nicht nur direkte Schadenskosten vermeiden, sondern auch indirekte wirtschaftliche Einbussen wie Ertragsausfälle und Steuerausfälle minimieren. Zusätzlich steigern ökologische Aufwertungen und neue Erholungsräume die Lebensqualität. Die Entsiegelung von Böden hat eine mehrfache Bedeutung, beispielsweise als Schwämme bei Überflutungen infolge Starkregens. Bei Hitzewellen kühlen diese Böden zusätzlich. Das hilft insbesondere älteren Menschen und reduziert die hohen Gesundheitskosten. Ich könnte noch viele Vorteile auflisten. Was zu tun wäre, hat Sabine Heselhaus bereits ausgeführt und kann auch der Antwort der Regierung entnommen werden. Weshalb die Regierung nicht konkret beantwortet, was zu beschleunigen wäre, fragen wir uns ebenfalls, besonders bei neuen Ereignissen wie dem Hangrutsch zwischen Weggis und Vitznau.

Urs Christian Schumacher: Die Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen würden nachweislich zunehmen und seien typische Folgen des Klimawandels. Langfristige Analysen zu Wetterereignissen lassen dies nicht schlüssig erkennen. Mehr Schaden heisst nicht mehr Unwetter, sondern auch zunehmende Bautätigkeit an exponierten Lagen. Wer in den Bergen lebt weiss, dass der Berg sich bewegt und auch Bergstürze zum steten geologischen Wandel gehören. Ich empfehle Ihnen einen Ausflug im Frühsommer in das Bergsturzgebiet ob Arth-Goldau, wenn dort der Frauenschuh blüht. Am 2. September 1806

gab es dort einen Bergsturz und über 40 Millionen Kubikmeter Steinmassen donnerten gut 1000 Meter in die Tiefe. 457 Menschen kamen ums Leben, 323 Stück Vieh wurden getötet, 111 Wohnhäuser, 220 Ställe und Scheunen sowie 2 Kirchen und Kapellen wurden zerstört. Ich denke nicht, dass damals jemand auf die Idee kam, dem menschengemachten CO<sub>2</sub> die Schuld daran zu geben. Ich möchte ein kleines Gedankenexperiment mit Ihnen machen: Es wird immer behauptet, dass es zu viel Menschen und Tiere gibt, die CO<sub>2</sub> ausatmen. Weniger Menschen und Tiere, weniger CO<sub>2</sub> und somit besser für das Klima. Das ist ein Kurzschluss. Der Mensch und das Tier produzieren das CO<sub>2</sub> ja nicht aus dem Nichts, sondern durch den Abbau von Stärke, Zucker und Biomasse, die sie aufnehmen. Würde diese Biomasse nicht als Nahrung aufgenommen, so würde sie in der Natur oder auf dem Feld verrotten und genauso viel CO<sub>2</sub> freisetzen, wie wenn sie der Mensch oder das Tier verstoffwechselt. Also ist die Biomasse der Erde schuld am CO<sub>2</sub> und Sie dürfen ruhig weiteratmen.

Sandra Meyer-Huwyler: Es stimmt, dass wir Sorge zu unserer Umwelt tragen müssen. Die Einleitung der Anfrage vermittelt den Eindruck, dass die Schweiz einem Inferno gleicht, man kann sogar von einem Weltuntergangsszenario sprechen. Eine Katastrophe nach der anderen, jeden Tag heftige Gewitter, Überschwemmungen, Murgänge und Erdbeben. Die Antwort des Regierungsrates ist für uns schlüssig. Viele Instrumente bestehen bereits und Werkzeuge für eine Justierung gibt es ebenfalls. Gestern haben wir sehr viel gehört über den Klimawandel und seine Auswirkungen auf unsere Gesundheit – und das sehr ausführlich. Doch krank machen uns Leistungsdruck und zu viel Informationen, die sich als Fakenews entpuppen und alles, was ideologisiert wird. Vegetarisches und veganes Essen ist für den Klimaschutz essenziell. So steht es auf der Webseite des Kantons unter der Rubrik «Luzern wird klimaneutral». Dadurch werden Wasser, Land, Treibhausgas gespart, die Regenwälder geschont und Milliarden von Tieren werden vor einem unwürdigen Leben und einem frühen Tod bewahrt. So wird es unter Luzern klimaneutral propagiert. Das ist sehr bedenklich, denn eine ausgewogene Ernährung kann auch Fleisch beinhalten. Gleichzeitig wird tierischer Dünger produziert und das Gras zu wertvollen Produkten für die menschliche Ernährung veredelt. Mit Gras kann kein Mensch ernährt werden und Gemüse und Soja wachsen auch nicht überall. Ich stehe dem neuen Dashboard des Kantons kritisch gegenüber. Der Ausstoss von Treibhausgasen ist der Hauptindikator des Klimaschutzes. Es ist speziell, dass Romoos, Luthern, Eich und Flühli sehr schlecht abschneiden. Flühli mit einem Ausstoss von 12,25 Tonnen pro Einwohner, obwohl es das Label Energiestadt Gold hat und in der Region der Unesco Biosphäre liegt. Die Stadt Luzern steht mit nur 3,39 Tonnen pro Einwohner besser da. Mir ist bewusst, dass die Klimaanpassungsstrategie in der Stadt beschlossen wurde und Luzern zum vierten Mal mit dem Label Energiestadt Gold ausgezeichnet wurde. Trotzdem ist mir schleierhaft, wie man zu diesen Zahlen und den grossen Differenzen kommt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich habe mich bereits in meinem Votum zur Anfrage 183 zur aktuellen Umsetzung des Planungsberichts geäussert. Zu den Investitionen kann ich Ihnen folgendes sagen: Bei der Diskussion zum AFP 2022–2025 haben wir zusätzlich 26,2 Millionen Franken über vier Jahre eingestellt – also nicht nichts. Wir haben zudem immer wieder in den Klimaschutz investiert, beispielsweise über das Gebäudeprogramm. Ich glaube, das ist relevant. Ich verweise zudem auf den nächsten Planungsbericht und Energie, in welchem wir Massnahmen für die nächste Periode festlegen und entsprechende Mittel einstellen.